

Bitte um Stellungnahme zum Existenzrecht Israels

Sehr geehrte Damen und Herren der Gruppe Ingolstadt von Amnesty International,

der „Tag der Menschenrechte“ in Kooperation mit der Stadt naht. Leider fällt Amnesty International weltweit und wiederholt durch Äußerungen gegenüber Israel auf, die aus unserer Sicht als Stadträte der FDP/JU Grenzen überschreiten. Exemplarisch möchten wir dazu einen Post von Amnesty Deutschland (08.10.2024 auf X) zitieren:

„Wenn eine Person den Spruch "From the river to the sea" äußert, kann ihr künftig die Einbürgerung verweigert werden, so Anwendungshinweise des @BMI_Bund. *Anwendungshinweise zur #Meinungsfreiheit liegen beim BMI offenbar nicht vor.*“ Der kursiv gesetzte Teil ist eine Anmerkung von Amnesty International zu einem Zitat und wurde so veröffentlicht.

Für die Bundeszentrale für politische Bildung bewertet der Bildungswissenschaftler Martin Kloke den Ausspruch „From the river to the sea“ als eindeutig antisemitisch. Damit wird nicht weniger zum Ausdruck gebracht, als dass der Staat Israel ausgelöscht werden soll.

Die Einordnung des Ausspruchs von Amnesty International als Akt der Meinungsfreiheit ist für uns nicht akzeptabel. Antisemitismus ist keine tolerierbare Meinung. Schon 2022 ist in der „Zeit“ ein einschlägiger Artikel zum fragwürdigen Verhältnis von Amnesty zu Israel erschienen. Der oben zitierte Post ist also leider kein Einzelfall.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, sicherzustellen, dass die Stadt keine Kooperation mit Organisationen eingeht oder pflegt, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson und klar im deutschen Wertekanon verankert.

Wir schätzen Ihren persönlichen Einsatz für die Menschenrechte, die für uns auch zentrale Werte der Gemeinschaft darstellen. Wir unterstellen nicht Ihnen persönlich eine problematische Einstellung gegenüber Israel. Doch die Kreisgruppe Ingolstadt von Amnesty International ist Teil einer Gruppierung. Und diese Verankerung in der Institution bereitet uns Sorge. Deshalb bitten wir Sie, zu den Äußerungen der Landesgruppe und zum Existenzrecht Israels als Kreisgruppe zeitnah Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jakob Schäuble, Veronika Hagn, Karl Ettinger und Dr. Markus Meyer